

Wie viel Macht soll der Bürger eigentlich haben?

Mediatoren können aufkeimende Konflikte in Partizipationsprozessen direkt erkennen, lösen und so mögliche Blockaden vermeiden. Die Gemeinden profitieren von schnellen und kostengünstigen Verfahren ohne spätere Rekurse.

Gross war der Tumult an der Informationsveranstaltung im Winter 2016 in einer Deutschschweizer Agglomerationsgemeinde*. Anlass dafür war die von der Gemeinde angestrebte Revision der Bau- und Zonenordnung. Diese berücksichtigte neu auch Denkmalpflege-Schutzobjekte sowie verschiedene Schutzzonen. Im Rahmen eines Mitwirkungsverfahrens war die Bevölkerung dazu aufgerufen, mögliche Anregungen, Einwände oder Wünsche dem Gemeinderat mitzuteilen, der dann über deren Relevanz und mögliche Berücksichtigung entscheiden würde.

Die direkt Betroffenen, also die Besitzer von zukünftigen Schutzobjekten, fürchteten, dass ihr Freiheitsspielraum, ihre Souveränität sowie ihre Lebensgewohnheiten durch die gesetzliche Festsetzung im Zonenplan negativ beeinträchtigt werden könnten. Dementsprechend heftig war die Ablehnung, ungeachtet der Tatsache, dass die Gemeinde gegenüber dem Kanton gesetzlich verpflichtet ist, Schutzobjekte und -zonen festzulegen.

Informieren ist nicht das Gleiche wie partizipieren

Recht schnell wurden vonseiten der Bevölkerung die Vorwürfe laut, sie seien von der Gemeinde schlecht und unzureichend informiert worden und über ihre Köpfe hinweg würde etwas entschieden, das sie als Betroffene nicht unterstützen könnten, sondern vor allem finanziell «ausbaden» müssten. Hinzu kam, dass der Informationsveranstaltung zahlreiche Unmutsbekundungen der Bevölkerung vorausgingen, die an den Gemeinderat gerichtet waren und nicht entsprechend ernst genommen wurden, sodass der Konflikt zwischen Gemeindevertretern und der Bevölkerung bereits weit eskaliert war.

Anhörungs- und Mitwirkungsverfahren sind in der Raumplanung gesetzlich vorgeschrieben. Gleichzeitig handelt es sich um Verfahren, die die Gefahr bergen, dass sich die Bevölkerung angesprochen bzw. aufgefordert fühlt, selbst

wirksam zu werden, und sie erwartet, dass ihre Wirksamkeit auch Einfluss auf Entscheide hat. Wenn dies nicht geschieht, werden die Vorhaben nicht toleriert; weder gibt es eine positive Einstellung dazu, noch tritt die Bevölkerung dafür aktiv ein und votiert für die Umsetzung an der Urne. Anhörungs- und Mitwirkungsverfahren sehen per definitionem lediglich vor, zu informieren

In den letzten Jahren wächst in der Bevölkerung zunehmend das Bedürfnis, nicht nur informiert und angehört zu werden, sondern auch aktiv das politische Geschehen und die Lebensumgebung mitzugestalten und in die entsprechenden Prozesse miteinbezogen zu werden – zu partizipieren. In einer kleinen ländlichen Deutschschweizer Gemeinde, die ebenfalls ge-



Der Beizug eines Moderators, der auch Mediator ist, kann die Basis schaffen für ein erfolgreiches Partizipationsverfahren. Illustration: Fotolia

und zu konsultieren, nicht aber zu partizipieren. Wenn die Bevölkerung nicht offen über die Rahmenbedingungen und den eigenen Einfluss auf das Verfahren und die Entscheide informiert wird, kann es passieren, dass die Bevölkerung davon ausgeht, mehr Einfluss zu haben, als das Verfahren vorsieht. Das führt oft zu Frustration, Ablehnung oder Boykott.

setzlich verpflichtet war, ein Denkmalpflege-Bauinventar zu erstellen – was von Fachpersonen auch erfolgt ist –, regte sich heftiger Widerstand, dieses per Gemeindeversammlungsbeschluss rechtskräftig umsetzen. Auch hier gab es bereits einen weit eskalierten Konflikt zwischen der Bevölkerung und dem Gemeinderat. Dann entschieden die Gemeindebehörden, eine neutrale Mo-

da in solchen Situationen erst durch die Bearbeitung des Konflikts die Basis für ein erfolgreiches Partizipationsverfahren gegeben werden kann oder auch innerhalb des Verfahrens aufkeimende Konflikte früh erkannt und direkt professionell bearbeitet werden können.

Bevölkerung transparent informieren

Der Gemeinderat der Landgemeinde erarbeitete gemeinsam mit der Moderatorin/Mediatorin ein flexibles Prozessdesign, das vorsah, die Bevölkerung über die Situation, das angestrebte Verfahren und dessen Ziele transparent und offen zu informieren. Danach wurden mit den Personen, die das Inventar nicht trugen, zusammen mit dem Gemeindepräsidium mediative Einzelgespräche geführt, um die Gründe für die Ablehnung sowie die jeweiligen Interessen und Bedürfnisse zu erfahren. Daraufhin wurde aufgrund der Erkenntnisse aus den Gesprächen ein Workshop angesetzt, an dem transparent über die Rahmenbedingungen des Inventars und die Schutzzone informiert wurde. Später wurden zusammen mit Gemeinderatsvertretern und der Bevölkerung spezifische Fragen erarbeitet und erste Lösungsvorschläge für die Umsetzung des Inventars und der Schutzzone skizziert. Diese Ideen wurden in einem kleineren Rahmen zusammen mit einer Auswahl an Beteiligten der Bevölkerung – v.a. mit den heftigsten Kritikern des Inventars –, mit den nötigen Fachpersonen wie Planern, Kantonsvertretern usw. auf ihre Umsetzbarkeit geprüft und weiter ausgearbeitet. In kurzen Abständen wurde die restliche Bevölkerung immer wieder über den aktuellen Stand informiert und allfällige Bedenken direkt abgeholt. Das Verfahren erwies sich zwar nicht immer als gradlinig und konfliktfrei, schliesslich aber erfolgreich sowie zeitlich kürzer und bedeutend preisgünstiger als die alternativen Rekursverfahren.

Die Sicht der Bürger kennen

Partizipation hat nicht nur das Ziel, in einer werteppluralen Gesellschaft ein höheres Mass an Zustimmung der betroffenen Menschen zu den sie tangierenden Entscheidungen und Planungen zu bewirken, sondern auch politische Entscheidungen auf eine breitere Grundlage zu stellen. Partizipationsverfahren können und sollen professionelle Planungsarbeit nicht ersetzen. Sie vermitteln aber Defizite, Potenziale und Wünsche aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger, die für die Planungsarbeit und die politische Entscheidungsfindung der politischen Mandatsträger

von elementarer Bedeutung sind. Die Ergebnisse dieser Prozesse tragen dazu bei, dass Politiker, Gemeindevertreter und Planer tragfähige Konzepte entwickeln können, die danach an der Urne breite Zustimmung finden.

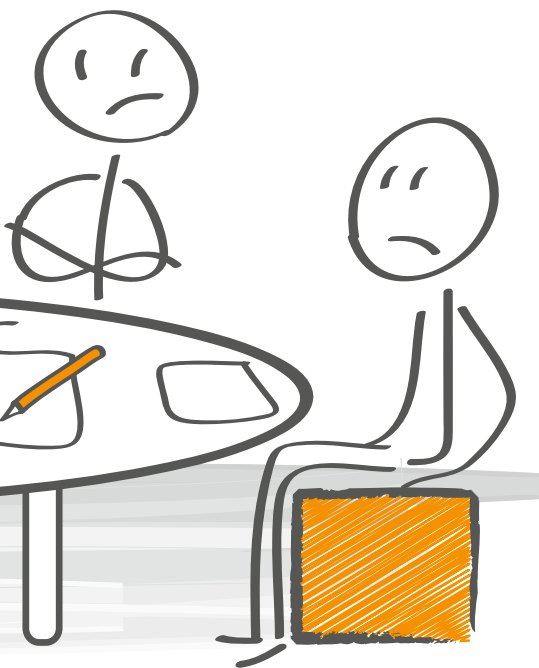
Nicht immer sind Partizipationsprozesse angebracht oder erfolgreich. Das Gelingen in Form einer Einigung über die zur Diskussion stehenden Optionen ist nicht immer garantiert. Meistens kommen Partizipationsverfahren zu spät und sind auf das Instrument der Anhörung beschränkt – auch weil ein zu grosser Einfluss der Bevölkerung befürchtet wird. Benötigt wird eine Anpassung und Modernisierung der gängigen Verfahrensregeln und die entschlossene, mutige Bereitschaft der Politiker und Verwaltungen, den Bürgern diese Aufgabe zuzutrauen.

* Vertraulichkeit ist eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiche Mediations- und zum Teil auch für Partizipationsprozesse. Aus diesem Grund sind Orte und Personen im Artikel anonymisiert.

Kristina Kröger, Mediatorin SDM-FSM



Kristina Kröger, ist Architekturstorikerin. Seit 2004 führt sie die vestigia GmbH für Partizipationsverfahren, Expertisen und Gutachten im Bereich Denkmalpflege und Städtebau (www.vestigia.ch). Sie ist Vorstandsmitglied im Verein Baumediation Schweiz (www.baumediation-sdm.ch).



deration zu ermöglichen beziehungsweise eine Mediatorin beizuziehen, um im Rahmen eines Partizipationsverfahrens die Voraussetzungen zu erarbeiten. Das Ziel: Das vom Kanton geforderte Inventar, breit abgestützt von der Bevölkerung, vorzulegen sowie kostenintensive Rekursverfahren zu umgehen. Der Beizug eines Moderators, der gleichzeitig Mediator ist, ist zielführend,